

Wenn die Freiheit stirbt

Morde an Journalist*innen als Gradmesser der Demokratie

Der Friedensnobelpreis 2021 ging an die philippinische Journalistin Maria Ressa und ihren russischen Kollegen Dmitrij Muratow. In Zeiten, in denen Journalistinnen und Journalisten wie diese um ihr Leben fürchten müssen, ist die freie Meinungsäußerung weltweit eine der am stärksten bedrohten demokratischen Freiheiten geworden. Vanessa Boese-Schlosser hat untersucht, welche politischen und institutionellen Voraussetzungen die Meinungsfreiheit hat. Sie zeigt: Nicht jede Demokratie erfüllt die Kriterien.

Vanessa Boese-Schlosser

Die Beziehung zwischen politischen Institutionen und der Sicherheit von Journalist*innen ist komplex. In einer aktuellen Studie frage ich: In welchen politischen Systemen werden Journalist*innen effektiv geschützt, und in welchen nicht? Meine Analysen zeigen, dass die meisten Morde an Journalisten in Ländern geschehen, die in der Mitte eines Spektrums zwischen demokratisch und autoritär liegen. Wie also definieren wir Demokratie? Gibt es einen Punkt, an dem Demokratie in Autokratie umschlägt? Meine Untersuchungen zeigen außerdem, dass solche Morde in Autokratien viel häufiger unbemerkt bleiben als in Demokratien.

Um zu verstehen, welche Bedeutung demokratische politische Institutionen für ein sicheres Arbeitsumfeld für Journalisten haben, muss zunächst der Begriff „Demokratie“ so definiert werden, dass er für den untersuchten Zeitraum (das sind die Jahre 2002 bis 2016) passt. Dies ist insofern relevant, als sich die Definition von Demokratie in den letzten zwei Jahrhunderten erheblich verändert hat. Im 19. Jahrhundert

beispielsweise wurde das Frauenwahlrecht nicht als notwendige Voraussetzung dafür angesehen, dass ein Land als demokratisch galt. Ende des 20. Jahrhunderts sah das ganz anders aus.

Da die Zahl der Demokratien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit erheblich zunahm, hatten immer mehr Menschen Zugang zu demokratischen Wahlen. In vielen politischen Systemen waren die Rechte von Einzelnen und von Minderheiten aber nicht geschützt, es existierte keine voll entwickelte Gewaltenteilung. Das führte zu einer wachsenden Nachfrage nach liberalen Institutionen. Bis heute gelten gerichtliche und gesetzgeberische Beschränkungen für das Staatsoberhaupt sowie die Rechtsstaatlichkeit (einschließlich des Schutzes der Rechte des Einzelnen und von Minderheiten) als Kernelemente demokratischer Systeme. Wahlen allein reichen nicht aus, um Demokratie im liberalen Sinne zu gewährleisten; dafür braucht es auch Garantien wie Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung. Wenn Journalisten getötet

werden, ist das ein Beleg dafür, dass das institutionelle Umfeld nicht die notwendigen Voraussetzungen für freie Meinungsäußerung und den Schutz der Bürger vor politischer Gewalt bietet.

Was ist überhaupt eine „Demokratie“? Um politische Systeme weltweit über mehrere Jahre zu vergleichen, verwende ich den Regimes of the World Index (RoW). Dieser Index unterscheidet zwischen zwei Arten von Autokratien (mit oder ohne Wahlen) sowie zwei Arten von Demokratien (elektorale und liberale Demokratien). In geschlossenen Autokratien üben Einzelne oder eine Elite ungehindert Macht aus. In elektoralen Autokratien gibt es Wahlen, die aber weder frei noch fair sind. In elektoralen Demokratien werden freie und faire Wahlen

„In elektoralen Demokratien werden freie und faire Wahlen durchgeführt, aber die liberale Komponente ist nicht vollständig ausgebaut“

durchgeführt, aber die liberale Komponente mit Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit oder dem Schutz individueller Rechte ist nicht vollständig ausgebaut. Der RoW-Index sortiert politische Systeme in jedem Land und in jedem Jahr in eine dieser vier Kategorien, basierend auf einer breiten Palette von Kriterien, die ein Land erfüllen muss, um als (liberal-)demokratisch zu gelten, zum Beispiel individuelle Freiheiten, Beschränkungen für das Staatsoberhaupt, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Aus konzeptioneller Sicht ist das RoW-Maß daher ideal, um zwischen Demokratien und Autokratien zu unterscheiden.

In meiner Analyse kombiniere ich diese RoW-Daten zu politischen Systemen mit den Zahlen der registrierten Morde an Journalist*innen weltweit im Zeitraum von 2002 bis 2016. Das lässt eine Reihe interessanter Beobachtungen zu: Erstens werden die meisten Journalist*innen in Autokratien getötet (707 gegenüber 554 in Demokratien). Zweitens: Von den vier Kategorien finden die meisten Morde an Journalisten in den Ländern der beiden mittleren Kategorien (elektorale Demokratien und Autokra-



Vanessa Boese-Schlosser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zuvor war sie bereits Gast der Abteilung und arbeitete unter anderem als Assistenzprofessorin am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München sowie am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg in Schweden. vanessa.boese@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

tien, in denen es Wahlen gibt) statt. Drittens ist die liberale Demokratie das einzige politische System, in dem kaum bzw. bei weitem die wenigsten Journalist*innen getötet werden. In liberalen Demokratien wurden in weniger als 1 Prozent aller Jahre Journalist*innen ermordet – insgesamt nur 27 im ausgewerteten Zeitraum.

Diese Ergebnisse legen folgenden Befund nahe: Journalisten sind in liberalen Demokratien (überwiegend) sicher. Die Grenze zwischen Autokratie und Demokratie ist im Falle von Journalistenmorden nicht so relevant wie die Schwelle zwischen liberalen und elektoralen Demokratien. Die ausdrückliche Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Schutz der individuellen Freiheitsrechte sind Grundpfeiler jeder liberalen Demokratie, sie sind in diesem Falle ausschlaggebend.

Wenn Journalisten in Demokratien getötet werden, dann vor allem in Demokratien mit autoritären Strukturen in einzelnen Regionen. Die amerikanischen Medienwissenschaftlerinnen Sallie Hughes und Yulia Vorobyeva schreiben: „Die meisten Journalisten starben in Ländern, in denen formale demokratische Normen und Praktiken auf nationaler Ebene eine investigative Berichterstattung auf lokaler Ebene fördern, wo die dort Machthabenden Gründe



Der französische Präsident Emmanuel Macron begrüßt am 28. Juli 2022 Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed Bin Salman vor dem Élysée-Palast. Zu dem Zeitpunkt galt der kritische Journalist Jamal Khashoggi schon seit vier Jahren als vermisst – er war nie mehr lebend gesehen worden, nachdem er das saudi-arabische Konsulat in Istanbul betreten hatte.

Foto: © Mehdi Chebil/Polaris/laif, alle Rechte vorbehalten.

haben, eine kritische Presseberichterstattung gewaltsam zu unterdrücken.“ Meine Forschung bestätigt dies: Die meisten Journalist*innen

„Wenn Journalisten in Demokratien getötet werden, dann vor allem in Demokratien mit autoritären Strukturen in einzelnen Regionen“

werden in elektoralen Demokratien getötet, wo es in einzelnen Regionen zu Wahlunregelmäßigkeiten kommt – ganz ähnlich wie in Wahlautokratien. Erst wenn Länder zu liberalen Demokratien werden, gehen regionale Wahlunregelmäßigkeiten nicht mehr in gleichem Maße mit der Ermordung von Journalisten einher.

Mein zweites Argument dafür, dass Demokratien tatsächlich ein sichereres Arbeitsumfeld für Journalisten bieten als Autokratien, ist die Zugänglichkeit von Daten. Je autokratischer ein Re-

gime ist, desto besser kann es kontrollieren, ob die Tötung von Journalisten öffentlich bekannt wird und die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Auch und gerade international werden solche Morde in Autokratien weniger sichtbar.

Während des Zweiten Weltkriegs wandte sich das US-Militär an Abraham Wald, Professor für Statistik an der Columbia University, und bat ihn um Hilfe bei der Ermittlung der schwächsten Stelle der Flugzeuge, um zu wissen, welche Teile mehr Schutz benötigten. Es lieferte ihm Daten darüber, wie viele Einschusslöcher wo in den aus dem Kampf zurückgekehrten Flugzeugen entdeckt worden waren. Wald erkannte jedoch, dass in diesem Fall das Unbeobachtbare wichtiger war als das Beobachtete. Die Statistik der Einschusslöcher enthielt eine Verzerrung (Wald sprach vom „survivor bias“): Flugzeuge, die tödlich abgeschossen wurden, kehrten nicht aus dem Kampf zurück, wurden also auch nicht gezählt. Ähnliches gilt für die Frage nach Journalistenmorden: Auch hier muss einbezogen werden, was nicht entdeckt wird, um ein vollständiges Bild zu erhalten. Es handelt sich um Morde und die Täter haben ein Interesse daran, unerkannt zu bleiben. Meine Studie lie-

fert umfangreiche Belege dafür, dass der Anteil der nicht erfassten Journalistenmorde in Autokratien wesentlich höher ist als in Demokratien. Dazu vergleiche ich professionell kodierte

„Der Anteil der nicht erfassten Journalistenmorde ist in Autokratien wesentlich höher als in Demokratien“

Daten aus dem Projekt Varieties of Democracy (V-Dem), die das Arbeitsumfeld von Journalist*innen beschreiben, mit der Anzahl der tatsächlich registrierten Morde. Ich kann dabei zeigen, dass es für Demokratien einen Zusammenhang zwischen Arbeitsumfeld und Journalist*innen-Morden gibt, der allerdings in Autokratien nicht zu beobachten ist – eben weil ein Teil der Morde dort nicht registriert wird.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass das Problem der mangelnden Transparenz in Autokratien weit über die Zahl der getöteten Journalisten hinausgeht und gut dokumentiert ist. Es hat sich gezeigt, dass Autokratien auch andere Statistiken manipulieren, beispielsweise Wachstumsstatistiken oder die Todesraten bei Covid-19. Darüber hinaus führt ein Umfeld, in dem Angst vor staatlichen Vergeltungsmaßnahmen herrscht, zu einer Selbstzensur bei Umfragen.

Meine Ergebnisse zeigen, dass liberale Demokratien bei weitem das sicherste Arbeitsumfeld für Journalisten bieten. Die Zahl der getöteten Journalisten ist in liberalen Demokratien am niedrigsten, unabhängig davon, wer jeweils die Täter*innen sind. Der Schutz der Persönlich-

keitsrechte (der auch den Schutz vor politischen Morden umfasst) sowie die Meinungsfreiheit (also auch die Möglichkeit für Journalisten, unbehelligt zu arbeiten) gehören bis heute zu den wichtigsten Bausteinen liberaler Demokratien. Oft bilden diese Elemente den entscheidenden Unterschied zu Wahldemokratien. Diese befinden sich in der Mitte des Regimespektrums und sind Länder, in denen diese Attribute eben nicht verwirklicht sind. Demokratien als solche sind also keine homogene Gruppe. In Wahldemokratien werden Journalisten, wie gezeigt, oft im Umfeld von subnationalem Autoritarismus getötet, wenn also die demokratischen Institutionen nicht in allen Teilen eines Landes gleichermaßen funktionieren. Journalisten sind in diesen Fällen in der Lage, zu recherchieren und ihre Erkenntnisse zu veröffentlichen, aber lokale Politiker*innen haben oft genug Einfluss, um sie zum Schweigen zu bringen.

Letztlich geht es bei meiner Untersuchung um mehr als Morde an Journalistinnen und Journalisten. Dahinter steht die generelle Frage, was Demokratie ist – und was nicht. Wir leben in einer Zeit, in der Meinungsfreiheit global zunehmend unter Druck gerät und wichtige autokratische Regierungen sich selbst als paradoxe Arten von Demokratien bezeichnen – die Kommunistische Partei Chinas zum Beispiel bezeichnet China als sozialistische beratende Demokratie; Victor Orban spricht von Ungarn als „illiberaler Demokratie“. Die dritte Welle der Autokratisierung hat bereits zum Untergang von 36 tatsächlich demokratischen Regimen geführt. Es ist unerlässlich, genau zu beobachten, wie sich Regime verschiedener Länder unterscheiden – und was das für die Meinungsfreiheit und Arbeit von Journalist*innen vor Ort bedeutet. ●

Literatur

Boese-Schlosser, Vanessa A.: Are Most Journalists Killed in Democracies? WZB Discussion Paper, 2024. SP V 2024-501.

Boese, Vanessa A./Lundstedt, Martin/Morrison, Kelly/Sato, Yuko/Lindberg, Staffan I.: „State of the world 2021: Autocratization Changing its Nature?“. In: Democratization, 2022, Jg. 29, H. 6, S. 983-1013.

Hughes, Sallie/Vorobyeva, Yulia: „Explaining the Killing of Journalists in the Contemporary Era: The Importance of Hybrid Regimes and Subnational Variations“. In: Journalism, 2021, Jg. 22, H. 8, S. 1873-1891.